

50 Jahre Röhren gegen Gas: Deutsch-russisches Jahrhundertgeschäft und deutsch-amerikanischer Wirtschaftskrimi



1958 wurde in Bonn das erste Handelsabkommen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion unterzeichnet: Startschuss für größere Pipeline-Projekte.

„Germany as far as I'm concerned is captive to Russia because it's getting so much of its energy from Russia. I think that is very inappropriate.“

US-Präsident Donald Trump

„Deutschland ist für mich Gefangener Russlands, weil es so viel Energie aus Russland bezieht. Ich halte das für sehr unangebracht.“ Mit diesen Worten drückte US-Präsident Donald Trump auf dem NATO-Gipfel am 23. Juli 2018 in Brüssel sein wiederholtes Missfallen am Pipeline-Projekt Nord Stream 2 aus. Knapp einhalb Jahre später, am 21. Dezember 2019, setzte er dann mit seiner Unterschrift ein Sanktionsgesetz gegen die am Pipeline-Bau beteiligten internationalen Verlegeschiffe in Kraft. Die Fertigstellung der 1.230 Kilometer langen Doppelstrang-Leitung, die beginnend in der Nähe von St. Petersburg durch die Ostsee bis Lubmin bei Greifswald geführt wird, wurde damit gestoppt – rund 20 Tage vor Anbringen der letzten Schweißnaht.

Als Finanzinvestoren sind am Projekt Nord Stream 2 neben der russischen Gazprom Energiekonzerne aus Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Großbritannien und natürlich aus Deutschland beteiligt, die Eigner der von den US-Sanktionen bedrohten Spezial-Verlegeschiffe stammten aus der Schweiz und Italien. US-Sanktionen gegen europäische Verbündete? „Typisch Trump“ könnte man jetzt sagen und die Sanktionsmaßnahmen auf dessen Motto „America First“ zurückführen. Protektionismus statt Multilateralismus, Eigennutz statt Respekt für Partner.

Doch wer sich ein wenig in die Geschichte der deutsch-russischen Energiebeziehungen hineingräbt, der wundert sich: Trump, der in der Pipelinefrage mehr durch den US-Kongress getrieben wird, als dass er selbst Antreiber ist, steht mit seinen Sanktionen gegen Pipeline-Projekte in einer langen Tradition mit John F. Kennedy, Jimmy Carter oder Ronald Reagan. Die Geschichte der deutsch-russischen Energiebeziehungen ist gleichzeitig auch eine Geschichte des deutsch-amerikanischen Konflikts. Alle genannten US-Präsidenten versuchten engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu verhindern, mit ähnlichen Argumenten und teilweise mit härtesten Bandagen.

Dass die deutsch-russischen Erdgas-Röhrengeschäfte 2020 dennoch ihr 50-jähriges Jubiläum feiern können, liegt nicht zuletzt daran, dass angefangen mit Willy Brandt ausnahmslos alle nachfolgenden Bundeskanzler, egal ob Sozialdemokraten (Helmut Schmidt, Gerhard Schröder) oder Christdemokraten (Helmut Kohl, Angela Merkel) für die Pipelineprojekte in die Bresche gesprungen sind. Aber auch die Kreml-Herren Leonid Breschnew und Waldimir Putin, Frankreichs Präsident François Mitterand oder US-Außenminister Henry Kissinger haben an diesem spannenden Kapitel der europäischen Wirtschafts- und Politikgeschichte gehörig mitgeschrieben, nicht zu vergessen Unternehmerpersönlichkeiten wie Berthold Beitz (Krupp), Ernst Wolf

Mommsen (Thyssen), Friedrich Wilhelm Christians (Deutsche Bank), Herbert Schelberger und Burckhard Bergmann (beide Ruhrgas). Otto Wolff von Amerongen, von 1955 bis 2000 Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, brachte in Sachen Pipelines das Kunststück fertig, als „Handelsreisender in Klimafragen“¹ sowohl zwischen Deutschen und Sowjets, als auch zwischen Deutschen und Amerikanern zu vermitteln.

CoCom-Liste und NATO-Röhrenembargo

Die Vorgeschichte der deutsch-russischen Energiebeziehungen beginnt in den 1950er Jahren: 1954 hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer dem Ost-Ausschuss eine bereits vorbereitete erste Delegationsreise nach Moskau aus Rücksicht auf die USA kurzfristig noch untersagt, 1955 fuhr er dann selbst nach Moskau und leitete diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ein. 1958 folgte ein erstes Handelsabkommen, das seinerzeit der Ost-Ausschuss unter seinem Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen mitverhandelte. Das Ostgeschäft habe damals allmählich „den Geruch des zwielichtigen Paktierens mit dem ideologischen Feind“ verloren. „Da auch die Bundesregierung zu der Auffassung gekommen war, dass der Handel im Großen und Ganzen als Mittel genutzt werden könne, um die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu entgiften, konnten wir auf einer neuen Basis operieren“, erinnert sich Wolff von Amerongen 1992 in seinen Memoiren.² Im Ergebnis wuchs der bilaterale Handel mit der Sowjetunion, der im Gründungsjahr des Ost-Ausschusses 1952 bei bescheidenen 17,2 Millionen D-Mark gelegen hatte, bis 1960 auf 1,4 Milliarden D-Mark an.³

Es waren insbesondere Unternehmen der Metallindustrie aus dem Ruhrpott, die die Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetunion vorantrieben. Gebremst wurden sie dabei durch Exportsperrlisten für strategische Güter, die auf US-amerikanische Initiative im Kalten Krieg das Coordination Committee on Multilateral Export Controls (CoCom) in Paris für alle NATO-Mitglieder überwachte. Nachdem Pipelineröhren 1958 von dieser Embargoliste gestrichen worden waren, weil die US-Amerikaner hier von einer eigenen marktbeherrschende Stellung ausgingen, kam es aus US-Perspektive überraschend schnell zu umfangreichen Lieferungen von Großröhren aus deutscher Produktion in die Sowjetunion. Diese wollte ihre Rohstoffvorkommen zunächst für den heimischen Markt und dann zunehmend auch für den Export erschließen, um an begehrte Devisen zu kommen. Neben umfangreichen Öl- und Kohlevorkommen gab es im südlichen Ural bei Orenburg auch gewaltige Erdgasfelder. Zudem wurden im nordwestlichen Teil Sibiriens in den 1960er Jahren rund um die Halbinsel Jamal die größten Erdgasvorkommen der Welt entdeckt, auf einer Fläche, die

elfmal so groß war, wie das Gebiet der Bundesrepublik.⁴ Ein gigantisches Geschäft bahnte sich an, an dem vor allem Unternehmen wie Hoesch, Mannesmann und Thyssen aber auch Röhren-Produzenten aus Italien, Großbritannien, Schweden und Japan partizipieren wollten.⁵

Nachdem von 1959 bis 1962 bereits 600.000 Tonnen Großröhren deutscher Produktion geliefert und ein frischer Vertrag über weitere 163.000 Tonnen für die von den Sowjets geplante Druschba-Erdölpipeline von Tatarstan bis Schwedt in die damalige DDR unterzeichnet worden war, zogen die Amerikaner abrupt die Reißleine. Die Details dazu veröffentlichte George W. Ball, von 1961 bis 1966 Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, in einem Artikel in der Washington Post vom 11. März 1982: „Zu Beginn der Kennedy-Administration“, erinnert sich Ball, „hat mir der Präsident die Aufgabe übertragen, den Bau der so genannten Freiheits-Pipeline (Anmerkung: gemeint ist wohl „Freundschafts“-Pipeline), die sowjetisches Öl nach Westeuropa gebracht hätte, zu verhindern zu versuchen.“ Man habe damals, so Ball, die Stornierung der bereits unterzeichneten Verträge erzwungen. „Durch intensiven Druck brachten wir einen NATO-Beschluss zustande, dass die 200.000 t Röhren, die die deutschen Firmen versprochen hatten, ein ‚strategisches Gut‘ seien. Und unser beständiges ‚Arm-drehen‘ überzeugte den zögerlichen Kanzler Konrad Adenauer letztendlich, ein Röhrenembargo anzuordnen.“⁶

Man habe sich „vor aller Welt blamiert“ gefühlt, erinnert sich Otto Wolff von Amerongen in seinen Memoiren an das Embargo, zumal das NATO-Land Großbritannien der US-amerikanischen „Empfehlung“ nicht Folge leistete.⁷ Weil sich der Koalitionspartner FDP quer stellte, musste Adenauer im Bundestag sogar einen Verfahrenstrick⁸ anwenden, um das Geschäft zu verhindern. Zur Ehrenrettung Adenauers sei auf die Zeitumstände verwiesen: Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 und der Kuba-Krise 1962 wollte sich dieser keinen Affront gegen die USA leisten. Kennedy dankte es ihm dann 1963 mit seinem legendären Berlin-Besuch.

Die Sowjetunion nahm diese kleine Niederlage im Kalten Krieg überraschend sportlich: Berthold Beitz, dem im Jahre 1963 eine Privataudienz des sowjetischen Generalsekretärs Nikita Chruschtschow in Moskau gewährt wurde, übermittelte kurz darauf aus dessen Munde das folgende Zitat: „Ich bin Ihrer Regierung nicht einmal böse. Für uns war es ein heilsamer Schock. Wir haben uns angestrengt und brauchen nun das Ausland nicht mehr. Angebote aus England und Schweden habe ich dankend abgelehnt.“⁹ Doch so unabhängig, wie Chruschtschow tat, war die Sowjetunion in der Pipeline-Frage nicht. Deutsche Großrohre, die extremen klimatischen Bedingungen widerstanden, blieben eine begehrte Ware.

Das „Fenster der Möglichkeiten“ öffnet sich

Der Ost-Ausschuss mühte sich danach redlich, die Stahlröhren wieder von der Embargoliste zu bekommen. Gleichzeitig versuchte der Vorsitzende Wolff von Amerongen die Bundesregierung davon zu überzeugen, staatlich verbürgte Exportkredite an Ostblockstaaten zu vergeben, um größere Geschäfte verlässlich umsetzen

zu können.¹⁰ Beides gelang: Ab 1965 wurden Bundesbürgschaften mit längeren Kreditlaufzeiten möglich und das Röhrenembargo wurde 1966 einkassiert. Die Zeitumstände hatten sich gedreht: Bereits 1963 war auf Bundeskanzler Adenauer Wirtschaftswundermann Ludwig Erhard gefolgt, der kein besonderer Freund von Eingriffen des Staates in die Wirtschaft in Form von Sanktionen war. Die Gründung des Ost-Ausschusses 1952 war auch auf eine Initiative Erhards zurückgegangen.

Mit Willy Brandt stieg in der ersten Großen Koalition Ende 1966 dann erstmals ein Sozialdemokrat zum deutschen Außenminister auf. Dieser machte eine Verständigung mit den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs zu seinem Markenzeichen. Die „Hallstein-Doktrin“, die jahrelang die diplomatischen Möglichkeiten der Bundesregierung eingeengt hatte, weil sie die Aufnahme von Beziehungen zu Ländern verhinderte, die die DDR anerkannten, wurde überwunden. Ab Januar 1967 konnten die Handelsvertretungen, die auch Dank der Vorarbeit des Ost-Ausschusses in Ostblockländern Interessen der Bundesrepublik wahrnahmen, schrittweise zu vollwertigen Botschaften ausgebaut werden.¹¹ Mindestens genauso wichtig für den Osthandel war angesichts der vorangegangenen Erfahrungen, dass sich fast zeitgleich auch in den USA die Prioritäten verschoben: Die Amerikaner waren seit Mitte der 1960er Jahre voll auf den Vietnamkrieg fokussiert. Maos China wurde damit ebenfalls zur wachsenden Bedrohung. Dessen großer Rivale im kommunistischen Lager wiederum war die Sowjetunion. Beide Staaten standen Mitte der 1960er Jahre am Amur mehrfach kurz vor einem heißen Krieg. Die USA hielten es daher für sinnvoll, ihr Verhältnis zur Sowjetunion etwas zu entspannen.

Einen entscheidenden Anteil an diesem strategischen Kurswechsel hatte Heinz Alfred Kissinger, genannt Henry, aus Fürth in Franken, der mit seiner deutsch-jüdischen Familie vor den Nazis nach Amerika geflohen war. Anfang 1969 stieg Kissinger zum US-Sicherheitsberater unter Präsident Richard Nixon auf, 1973 wurde er für vier Jahre US-Außenminister unter Gerald Ford. Mit Kissinger und Brandt, der im Oktober 1969 zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt wurde, fanden sich zwei Politiker, die prägend wurden für die Entspannungspolitik zwischen Ost und West der 1970er Jahre. Brandt entwickelte mit seinem Adlatus Egon Bahr das Konzept vom „Wandel durch Annäherung“. Die Nixon/Kissinger-Administration verfolgte den so genannten „linkage“-Ansatz: Mit Zugeständnissen im Handelsbereich sollte die Sowjetunion in ein global angelegtes Netz eingebunden werden. Für wirtschaftliche Zugeständnisse erwartete man politisches Wohlverhalten.¹²

Diese Zeitumstände öffneten der deutschen Wirtschaft und dem Ost-Ausschuss das berühmte „Fenster der Möglichkeiten, um die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs weiter zu intensivieren – trotz harter Rückschläge wie dem sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968.

Den Weg zum ersten großen Tausch-Geschäft Energie gegen Stahl wies dann das neutrale Österreich: Dieses unterschrieb am 1. Juni

1968 einen Vertrag mit der Sowjetunion über den Bezug von Erdgas gegen die Lieferung von Pipelineröhren. Geliefert werden sollte das Gas durch eine Verlängerung der Sojus-Pipeline, die vom südlichen Ural durch die Ukraine führte. Das Anschlussstück, das von der Westukraine durch die heutige Slowakei bis zum Knotenpunkt Baumgarten bei Wien verlaufen sollte, wurde Transgas genannt. Als Produzent eines Teils der Spezialrohre holte man die Essener Thyssen AG mit ins Boot. Dies gab der Idee auftrieb, gleich einen weiteren Abzweig der Pipeline durch das heutige Tschechien nach Bayern zu bauen.

Historischer Vertrag im Essener Hotel Kaiserhof

Das Transgas-Projekt der Wirtschaft entpuppte sich als ideale Ergänzung zur Brandt'schen Ostpolitik. Der Bezug von sowjetischem Gas wurde als vertrauensbildende Maßnahme gesehen. Das Auswärtige Amt hielt bereits 1969 einen Anteil von 20 Prozent sowjetischen Gases am deutschen Markt für denkbar.¹³ Zudem freute sich die Bundesrepublik auf günstige Energie und die Moskauer war hungrig nach Devisen.

In der Sowjetunion mit ihrer staatlichen Kommandowirtschaft gab es keine Privatunternehmen, mit denen sich deutsche Konzerne bilateral über Projekte hätten verständigen können. Jedes deutsch-sowjetische Geschäft hatte eine politische Dimension, der Kreml saß immer mit am Tisch. Im vom sozialdemokratischen „Superminister“ Karl Schiller geführten Bundeswirtschaftsministerium wurde der junge Staatssekretär Klaus von Dohnanyi mit den politischen Vorbereitungen des Projektes beauftragt. Dieser reiste erstmals im Januar 1969 nach Moskau. Seine Gespräche seien damals der Beginn eines „kalkulierten Tauwetters“ gewesen, erinnerte sich von Dohnanyi.¹⁴

Aber auch die CSU spielte beim Energie-Deal eine Hauptrolle: Otto Schedl, in den 1960er Jahren bayerischer Wirtschaftsminister, versuchte mit dem damals rückständigen Agrarland Anschluss an günstige Energie und den technologischen Fortschritt zu finden. Um das Liefermonopol amerikanischer Konzerne aufzubrechen (!) wurden eine Erdöl-Pipeline Richtung Italien gebaut und Raffinerien in Bayern angesiedelt.¹⁵ Auf der Suche nach neuen Industrien gerieten dann auch die Gasgeschäfte der Österreicher in den Blick.¹⁶ Einen Anschluss Bayerns an das sowjetische Gasnetz bot zudem die Option, ein damals bestehendes Erdgas-Liefermonopol der Niederländer zu überwinden und Bayern als Hub für die Verteilung des Gases in der Europäischen Gemeinschaft zu positionieren, denn auch Italiener und Franzosen zeigten sich offen für eine Energie-Kooperation mit der Sowjetunion.

Mit dem Segen der Politik trieben deutsche Unternehmen das Projekt voran. Am 11. August 1969 informierte der Spiegel eine breite Öffentlichkeit über die Erdgas-Röhren-Pläne: „Herbert Schelberger, Generaldirektor der Ruhrgas AG, verhandelt seit zwei Monaten - zuletzt in der vorletzten Woche in Moskau - über das größte und politisch bedeutsamste Ost-West-Geschäft der Nachkriegszeit: den Tausch von sowjetischem Erdgas gegen deutsche Stahlrohre.“¹⁷ Es ging um ein durchaus kompliziertes Dreiecksge-

schäft: Die Sowjetunion sollte für einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich bis zu drei Milliarden Kubikmeter Erdgas im Gesamtwert von 2,5 Milliarden D-Mark an die Essener Ruhrgas AG liefern. Um die dafür notwendige Verlängerung der Transgas-Pipeline zu bauen, produzierten die Düsseldorfer Stahlkonzerne Mannesmann und Thyssen 1,2 Millionen Tonnen Großröhren mit einem Durchmesser von 1,42 Meter. Diese wurden wiederum durch einen Kredit mit zwölf Jahren Laufzeit vorfinanziert, den ein aus 17 Banken bestehendes Konsortium unter Leitung des Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank Friedrich Wilhelm Christians der Sowjetunion gewährte. Diese konnte den mit rund sechs Prozent verzinsten Kredit nach Fertigstellung der Pipeline mit den Einnahmen aus dem Gasverkauf abtragen. Eine Win-Win-Win-Situation, könnte man neudeutsch sagen.

Die Bundesregierung trug ein Teil des Risikos: Der Kredit an die Sowjetunion wurde zu 50 Prozent mit Hermes-Garantien abgesichert.¹⁸ Anteilseigner der Ruhrgas AG waren mit BP und Shell auch zwei Unternehmen aus Großbritannien und den Niederlanden, die wiederum mit der US-amerikanischen Exxon verbunden waren. Das deutsch-russische Erdgasröhrengeschäft hatte also von Beginn an eine internationale Dimension.¹⁹



Unterzeichnung des ersten Erdgas-Röhren-Vertrags am 1. Februar 1970 im Essener Hotel Kaiserhof



Besuch einer Ost-Ausschuss-Delegation im Kreml 1971. Ganz rechts: Otto Wolff von Amerongen

Nachdem Anfang Dezember 1969 ein Vorvertrag der Mannesmann-Export GmbH mit einer russischen Handelsdelegation über die Rohrlieferungen paraphiert worden war und die Dortmunder Hoesch AG zusammen mit der Salzgitter AG ebenfalls ein Angebot zu Rohrlieferungen abgegeben hatte²⁰, konnte das große deutsch-sowjetische Gasgeschäft besiegelt werden:

Am 1. Februar 1970 wurden im Essener Hotel Kaiserhof die Verträge feierlich unterzeichnet. Das historische Foto aus dem Konferenzraum Marke „Gelsenkirchener Barock“ zeigt eine lange Tafel, an dem rund ein Dutzend Vertreter aus Deutschland und der Sowjetunion mit gezücktem Federhalter zu sehen sind.²¹ Von Seiten der Ruhrgas AG unterschrieb Herbert Schelberger, die Mannesmann AG war durch Vorstandschef Egon Overbeck vertreten, die Bankenseite durch Konsortialführer Christians. Zudem saßen Vertreter der Außenhandelsgesellschaft Sojuszgasexport am Tisch. Der sowjetische Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew, den ein gutes Arbeitsverhältnis mit Otto Wolff von Amerongen verband²², verlieh der Essener Unterschriftenzeremonie zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller den entsprechenden politischen Glanz.

Gemessen an den Gasmengen, um die es 1970 ging, war das Geschäft aus heutiger Sicht, trotz der aufgerufenen Milliardenbeträge, eher bescheiden: Die Gesamtmenge von 52 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die in 20 Jahren über Transgas nach Bayern geliefert werden sollte, entspricht ziemlich genau der heutigen Jahreskapazität von Nord Stream 2. Doch der Energie-Vertrag wurde zum wirtschaftlichen Eisbrecher im Kalten Krieg²³ und markierte den Beginn einer langen Reihe von Folgeverträgen und Projekten. Wolff von Amerongen sprach deshalb vom „Beginn einer neuen Phase der Weltwirtschaft“²⁴. Erstmals sei die Sowjetunion über die von ihr politisch kontrollierten Länder hinaus Teil einer internationalen Lieferkette geworden, was mit der kommunistischen Ideologie von Autarkie eigentlich unvereinbar gewesen sei. Der Vertrag von Essen wurde damit nicht nur zu einem Leuchtturmprojekt für Deutsche und Russen, sondern zu einem entscheidenden Wendepunkt für die Ost-West-Beziehungen. „Der Vertrag bedeutet kalkuliertes Tauwetter. Wirtschaft als Brückenbauer. Im besten Sinne: Wandel durch Handel“, kommentierte Mario Mehren, Sprecher des Arbeitskreises Russland beim Ost-Ausschuss und CEO von Wintershall Dea in einem Gastbeitrag zum 50-jährigen Vertragsjubiläum.²⁵

„Ludmilla“ geht auf die Reise

Am 6. Juli 1970 wurde in Mülheim an der Ruhr das erste „Mannesmann-Rohr“ mit einem Tieflader auf die Reise nach Osten geschickt, wie ein historisches Foto bezeugt. Ein früherer PR-Strategen band dem Rohr damals einen Kranz aus Tannenzweigen um und verpasste ihm den Namen „Ludmilla“. Etwas mehr als drei Jahre dauerte es, dann waren alle „Ludmillas“ ausgeliefert und sauber verschweißt. Am 1. Oktober 1973 drückte im oberpfälzischen Waidhaus an der Grenze zur damaligen ČSSR Herbert Schelberger auf den Knopf und das erste „Russengas“ eroberte das NATO-Land Bundesrepublik Deutschland – ohne Grenzschwierigkeiten oder Visa-Kontrollen, wie die sowjetische Delegation damals anmerkte.



„Die Russen sind da“ schrieb die „Zeit“ wenig originell, wusste aber bereits, dass der Ruhrgas-Chef noch weit größere Pläne verfolgte. Dieser sei bereit, einen Vertrag über die doppelte Menge und statt auf 20 auf 50 Jahre abzuschließen.²⁶

Tatsächlich wurden danach in enger Taktung weitere Erdgas-Röhrengeschäfte ausgehandelt: Wolff von Amerongen verzeichnet in seinen Memoiren insgesamt vier Abkommen ähnlicher Bauart in den Jahren 1970, 1972, 1974 und 1975. Diese ermöglichten den weiteren Ausbau des Gastransitsystems aus dem Südrural durch die Ukraine. An einem der 500 Kilometer langen Pipeline-Abschnitte mit dem Namen „Druschba“ (Freundschaft) ackerten zwischen 1974 und 1978 zwischen den ukrainischen Städten Kremenchuk und Bar bis zu 25.000 Arbeiter aus dem sozialistischen Bruderstaat DDR. Diese „Trassniki“ setzten dort Großrohre italienischer und westdeutscher Produktion zusammen. Das größte Auslandsprojekt, das die DDR in ihrer Geschichte durchgeführt hat, und das langfristig natürlich auch der Versorgung Ostdeutschlands mit günstiger Energie dienen sollte, war damit im Grunde ein deutsch-deutsches Gemeinschaftswerk²⁷.

Eine weitere Besonderheit unter den Erdgas-Röhrengeschäften war das Dreiecksgeschäft aus dem Jahre 1975 genannt IGAT, bei dem Deutschland und weitere westeuropäische Länder nicht nur mit dem Kreml sondern gleich noch mit dem Schah von Persien kooperierten. Der Iran lieferte Gas an die Sowjetunion, die wiederum die gleiche Menge nach Westeuropa weiterreichte.²⁸

Nicht nur der Osthandel, auch der Ost-Ausschuss verzeichnete in diesen Jahren, die politisch von den Ostverträgen und wirtschaftlich von den Erdgas-Röhren-Abkommen geprägt waren, einen starken Aufschwung: Von rund 100 Mitgliedern stieg die Zahl der an den verschiedenen Gremien des Ost-Ausschusses beteiligten Unternehmensvertreter 1974 auf über 1000 an. Allein der Arbeitskreis Sowjetunion bestand zeitweilig aus 250 Mitgliedern²⁹.



Verteilerstation des ukrainischen Pipeline-Transitnetzes

Ölpreisschock verstärkt Zusammenarbeit mit der Sowjetunion

Auch die US-Amerikaner bauten in der Kissinger-Ära derweil ihren Handel mit der Sowjetunion zügig aus. Zwischen 1971 und 1979 verfünffachte sich der US-sowjetische Handel auf 3,6 Milliarden US-Dollar. Mit einem Anteil von 19,9 Prozent waren die USA 1979 der zweitwichtigste Lieferant der UdSSR nach der Bundesrepublik, die mit 20 Prozent nur knapp davor lag³⁰. Selbst im großen Energie-Spiel versuchten die USA zweitweise mitzuspielen. Denn kaum hatten die Deutschen am 1. Oktober 1973 ihre erste Energie aus Richtung Sibirien bezogen, zeigte sich am 17. Oktober 1973 auf drastische Weise, dass eine Diversifizierung von Bezugsquellen eine Frage des ökonomischen Überlebens sein konnte: An diesem Tag sprang an den Börsen der Ölpreis schockartig von drei auf über fünf US-Dollar pro Barrel an, ein Plus von 70 Prozent.

Bereits in der Suez-Krise von 1967 war es zeitweise zu Einschränkungen bei der westlichen Ölversorgung gekommen. Im Herbst 1973 drosselte dann die arabisch-dominierte OPEC aufgrund des Jom-Kippur-Kriegs zwischen Israel auf der einen und einer arabischen Koalition unter Führung von Ägypten und Syrien auf der anderen Seite die Ölförderung und setzten damit die westlichen Unterstützer Israels unter Druck. Der Ölpreis kletterte 1974 in der Spitze auf zwölf US-Dollar pro Barrel, ein Zuwachs von insgesamt 300 Prozent verglichen mit dem Ausgangswert.

Der Anstieg stürzte die energieabhängigen Industrieländer und mit ihnen die junge Bundesrepublik in eine tiefe Wirtschaftskrise. Daran änderten auch vier „autofreie Sonntag“, die generelle Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf 100 Km/h und dringende Appelle zum Energiesparen nichts. 1974 musste die Bundesregierung für Energieimporte 17 Milliarden D-Mark mehr zahlen, als im Jahr zuvor³¹. Inmitten dieses ersten Ölpreisschocks entwickelte sich ausgerechnet der ideologische Hauptgegner, die Sowjetunion, zum absolut zuverlässigen Lieferanten von Energie, der bei zwischenzeitlichen Engpässen sogar lieber einmal die eigene Bevölkerung frieren ließ³², als vertragsbrüchig zu werden.

Selbst in den USA machte der Wunsch nach diversifizierten Energiequellen die Sowjetunion zeitweise als potenziellen Energielieferanten attraktiv. Bereits Anfang der 1970er Jahre entstand die Idee, ein gerade entdecktes, riesiges Erdgasfeld in Nordsibirien bei Urengoi gemeinsam mit der Sowjetunion auszubeuten. Ange-dacht war eine 2.400 Kilometer lange Pipeline bis zum Hafen Murmansk. Dort sollten riesige Anlagen zur Erdgasverflüssigung gebaut werden, um das aufbereitete Liquefied Natural Gas (LNG) dann mit Tankschiffen nach Amerika zu befördern. Die Idee versandete Mitte der 1970er Jahre durch Widerstände im US-Kongress. Das Ziel, die Erschließung der Lagerstätten auf der Jamal-Halbinsel, aber blieb. Anstelle der LNG-Variante bot die Sowjetunion den weiterhin energiehungrigen Westeuropäern die Erschließung der Gasvorkommen über eine gigantische neue Pipeline an, die wegen der nördlichen Lagerstätten diesmal nicht durch die Ukraine, sondern durch die sowjetische Teilrepublik Belarus und Polen Richtung Mitteleuropa geführt werden sollte. Die nach der Fundstätte „Jamal“ genannte Pipeline, das fünfte Erdgas-Röhren-Geschäft unter deutscher Beteiligung, wurde dann 20 Jahre nach Kennedys Röhrenembargo und 40 Jahre vor den US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 zum Anlass für eine knochen-harte Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und dem Weißen Haus.

Das Ringen um „Jamal“

Nachdem der Iran 1979 durch Khomeinis Revolution als Gaslieferant ausgefallen war und die damit verbundene Destabilisierung



Karte der Gasfelder und Pipeline-Netze auf der Halbinsel Jamal (links) und im Gebiet von Nowy Urengoi in Nordwest-Sibirien

des ölreichen Mittleren Ostens gleich zur zweiten Ölpreiskrise des Jahrzehnts geführt hatte, forcierte die Bundesrepublik unter Bundeskanzler Helmut Schmidt die weitere Diversifizierung ihrer Energieimporte. Ab 1980 wurde daher intensiv über eine Beteiligung Deutschlands am sowjetischen Jamal-Projekt verhandelt. Doch die internationale Konstellation hatte sich inzwischen erheblich verändert: Nachdem die Supermächte USA und Sowjetunion unter Vermittlung von Henry Kissinger 1972 ein erstes Rüstungsbegrenzungsabkommen für strategische Atomwaffen (SALT I) vereinbart hatten, scheiterte 1976 ein weiteres, von Kissinger bereits ausgehandeltes Abkommen für Kurz- und Mittelstreckenraketen (SALT II) zunächst an US-Präsident Ford. Die UdSSR ersetzte daraufhin Raketen älterer Bauart in Europa durch moderne SS-20-Raketen auf mobilen Abschussrampen. Vor allem Bundeskanzler Schmidt sah dadurch das Gleichgewicht der Kräfte bedroht und wurde zum Vordenker des NATO-Doppelbeschlusses, mit dem die NATO ihrerseits die Aufstellung neuer Raketen in Westeuropa androhte, sollte die Sowjetunion ihre Raketen nicht abziehen. Zeitgleich mit Veröffentlichung des Doppelbeschlusses, am 12. Dezember 1979, schlidderte die Sowjetunion eher ungewollt in einen Bürgerkrieg und marschierte in Afghanistan ein, um das dort in Bedrängnis geratene kommunistische Regime, das sich an die Spitze geputscht hatte, gegen fundamentalistische Kämpfer zu stützen.³³

US-Präsident Jimmy Carter reagierte auf die sowjetischen Aktionen mit der Einführung von Wirtschaftssanktionen. Der Export

von Hochtechnologie wurde weiter eingeschränkt, der Export von Getreide in die Sowjetunion reduziert und ein Boykott der Olympischen Spiele in Moskau verkündet. Die NATO-Verbündeten wurden aufgefordert, sich der US-Sanktionspolitik anzuschließen³⁴. Damit begann das angestrebte Jamal-Geschäft, das bis dahin größte deutsch-sowjetische Energievorhaben überhaupt, sogleich erheblich Schlagseite zu bekommen. Otto Wolff von Amerongen, der als erster Deutscher, Anfang der 1970er Jahre in den Aufsichtsrat eines US-Unternehmens, den weltgrößten Energiekonzern Exxon, geholt worden war und fast monatlich die USA besuchte, bemühte sich in Washington darum, die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht in diesen „Krisenstrudel“ geraten zu lassen. „Die Herren verbissen sich in die Vorstellung, die Bundesrepublik gerate in eine höchst gefährliche Abhängigkeit von Moskau“, erinnerte sich Wolff von Amerongen an seine Washingtoner Gespräche.³⁵

Im Laufe des Jahres 1980 entspannte sich die Lage etwas: Die Bundesrepublik boykottierte die Moskauer Spiele, dafür wollten die USA auf eine extraterritoriale Anwendung ihrer High-tech-Sanktionen verzichten. Der Regierungsantritt Ronald Reagans und die Ausrufung des Kriegsrechts infolge der Solidarność-Bewegung in Polen veränderte jedoch im Laufe des Jahres 1981 die Ausgangslage. Reagan hatte im Wahlkampf einerseits den US-Getreideproduzenten versprochen, die Lieferungen in die Sowjetunion wieder voll aufzunehmen, dafür sollte aber das Technologie-Embargo nun auch in der Öl- und Gasindustrie vollständig durchgesetzt werden.



Verlegung eines Teilstücks der Jamal-Pipeline 1993

Fotos: Wintershall Dea; A.Metz

Ein drohender Verlust des US-Geschäfts hatte damals, am Beginn der Globalisierung, noch kein wirkliches Drohpotenzial, das deutsche Firmen von Kooperationen mit der Sowjetunion hätte abbringen können. Der wirksamste Hebel der US-Regierung und der dortigen „Osthandelsfalken“ (von Amerongen) war das Verbot von Exportlizenzen für Ausrüstungsteile und Maschinen, die General Electric und Caterpillar für das Jamal-Projekt liefern wollten und nicht durften. Aber auch ausländischen Besitzern von US-Lizenzen sollten Lieferung verboten werden. Um die Energieversorgung der Westeuropäer dennoch zu verbessern, schlugen die USA ihrerseits umfassende Geschäfte vor. Neben amerikanischen Kohle-, Atomstrom- und Öllieferungen gehörte zu den hastig zusammengestellten Vorschlägen die Idee, Erdgas aus Alaska zu verflüssigen und mit Hilfe von Unterseetankern nach Europa zu transportieren. Besonders US-Abgeordnete aus Pennsylvania (Kohle) und Alaska (Gas) bauten Druck gegen das Erdgas-Röhren-Projekt auf³⁶.

Die genannten US-Vorschläge scheiterten entweder an der technischen Umsetzbarkeit oder an der Wirtschaftlichkeit und hielten die Westeuropäer letztlich nicht davon ab, am 20. November 1981 die Verträge für das Jamal-Projekt zu unterschreiben.³⁷ Soyusgazexport (heute Gazprom Export) und Ruhrgas vereinbarten die Lieferung von zusätzlichen acht Milliarden Kubikmetern Gas jährlich in die Bundesrepublik in den Jahren 1984 bis 2008, weitere zwölf Milliarden Kubikmeter waren für die Weiterleitung nach Westeuropa bestimmt.



Siedlung Jar-Sale im Süden der Jamal-Halbinsel nahe des Polarkreises. Durch den Boom der Erdgasindustrie verfügt das Dorf über eine moderne Infrastruktur und wuchs inzwischen auf 6.500 Einwohner an.

Die bis dahin schwerste Krise im westdeutsch-amerikanischen Verhältnis zog sich 1981/82 monatelang hin. Wolff von Amerongen, der in Washington zu erläutern versuchte, dass die Pipeline-Investitionen gerade westlichen Ausrüstungsproduzenten zugutekommen würden und bei einem sowjetischen Lieferanteil von 30 Prozent am bundesdeutschen Erdgasverbrauch und von unter zehn Prozent am gesamten bundesdeutschen Energiebedarf noch keine riskante Abhängigkeit bestehen würde, geriet selbst in die Schusslinie. Der Kolumnist William Safire schrieb in der New York Times, Wolffs Haltung sei eine „Beleidigung für Amerika“ und zum Bau der Pipeline würden „100.000 Sklavenarbeiter“ eingesetzt.³⁸ Wolff von Amerongen gelang es aber, gerade in der US-Wirtschaft einflussreiche Verbündete zu finden. Unter anderem wandte sich der Chef der US-Chamber of Commerce in einem Brief an Präsident Reagan, warnte vor Sanktionen gegen die westlichen Alliierten und warb für die deutsche Strategie, sich unabhängiger von Energielieferungen aus dem Mittleren Osten zu machen.³⁹

Auch die Außenminister der EG wandten sich damals einhellig gegen die US-Sanktionspolitik und deren exterritorialen Wirkungsanspruch, der den Prinzipien des Welthandels zuwiderlaufe. Dennoch setzte im Sommer 1982 die Reagan-Administration zwei französische Kompressorenhersteller, sowie jeweils eine italienische und eine britische Firma auf eine US-Sanktionsliste und verweigerte die Nutzung von US-Lizenzen für das Jamal-Projekt. Deutsche Unternehmen organisierten sich daraufhin bereits „Schutzbriefe“ im Bundeswirtschaftsministerium, aus denen hervorging, dass US-Sanktionen gegen das deutsche Außenwirtschaftsgesetz verstießen. „Die Durchsetzung amerikanischen Rechts ist in souveränen ausländischen Staaten null und nichtig“, kommentierte Wolff von Amerongen in seinen Memoiren die US-Aktivitäten.⁴⁰

In einer Pressemitteilung vom 2. Juli 1982 warnte der Ost-Ausschuss „durch die jetzt erstmals beanspruchte Exterritorialität einer US-Regierungsentscheidung“ vor einer „folgeschweren Verletzung des Grundsatzes von Treu und Redlichkeit“ und forderte eine Überprüfung der US-Verfügung. Es bestünde die Gefahr milliardenschwerer Schadensersatzansprüche Moskaus sowie einer „Beeinträchtigung der internationalen Arbeitsteilung“. Der jetzt eingetretene Zustand gebe zu der Sorge Anlass, „dass aus Washingtoner Sicht Handels- und Kooperationsbeziehungen mit dem Osten von vornherein als gefährlich eingestuft werden; diese Betrachtungsweise kann nicht geteilt werden“.⁴¹

Containment vs. Kooperation

In einem Beitrag der New York Times vom 12. November 1982 über eine internationale Ost-West-Handelskonferenz in Bonn, die der damalige Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Karl-Hermann Fink mitorganisierte⁴², werden die Argumente beider Seiten exemplarisch gegenübergestellt⁴³. Der Text könnte von den Inhalten her auch im Jahr 2020 erschienen sein. Die US-Professorin Angela Stent, bis heute aktive Handelsexpertin der Georgetown University in Washington, wird mit den Worten zitiert, dass man in den



Selbst im Sommer ist im unwegsamen hohen Norden Sibiriens der Helikopter das bevorzugte Transportmittel. Hier wird eine kleine Siedlung von Jamal-Nenzen versorgt.

USA fürchte, die Europäer würden mit den Handelsgeschäften „dem Feind helfen“. Die Geschäfte seien nach Ansicht vieler Amerikaner vorteilhafter für die Sowjetunion. Andere Experten wiederum spekulierten seinerzeit darüber, dass die Jamal-Pipeline eventuell überflüssig sein könne, weil der Gasbedarf in der EU ohnehin sinken würde. George Sokoloff, Berater von Präsident François Mitterrand betonte dagegen im selben Beitrag, dass es das Ziel der Europäer sei, die Sowjetunion zu milliardenschweren Investitionen in den nicht-militärischen Sektor (und damit auch weg von Rüstungsprogrammen) zu ermutigen. „While Mr. Reagan prefers embargoes, the Europeans want new cooperation programs“, so Sokoloff. Und der deutsche Analyst Friedemann Müller wies darauf hin, dass man über gemeinsame Wirtschaftsprojekte im Dialog bleiben und Konflikte frühzeitig entschärfen könne.

Zur Sprache kamen damals auch die zwischenzeitlich bestehenden großen Schwierigkeiten im Ostblock, die seit den 1970er Jahren im Zuge des intensivierten Ost-West-Handels aufgenommenen westlichen Kredite überhaupt abbezahlen zu können. Die Westschulden der Sowjetunion betrugen Ende 1981 stolze 19,4 Milliarden US-Dollar, Polen, das dank der leichten Verfügbarkeit westlicher Kredite in den 1970er Jahren in einen veritablen Konsumrausch geriet und völlig über seine Verhältnisse lebte, kam auf über 20 Milliarden⁴⁴. Der Devisenhunger und das Abtragen der großen Milliardenkredite hätten, so kommentierte Otto Wolff von Amerongen in seinen Memoiren, dazu geführt, dass die Sowjetunion ihr Öl und Gas lieber Richtung Westen lieferte, als es im Inland oder stark subventioniert an die befreundeten Länder zu verkaufen. Auf diese Weise hätten die großen Handels- und Kreditgeschäfte der 1970er und 80er Jahre das sozialistische Lager weniger stabilisiert als von den US-Falken befürchtet, sondern letztlich eher geschwächt und einen Beitrag zum Zusammenbruch des Ostblocks geleistet. Die DDR geriet im Laufe der 1980er Jahren tatsächlich in massive Schwierigkeiten, als die großzügigen Energielieferungen aus der Sowjetunion stark gekürzt wurden, und musste ihrerseits ihre wenigen vorhandenen Devisen für Energiekäufe auf dem Weltmarkt einsetzen.

Im Februar 1982 warnte US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einem Report an den US-Kongress: „Wenn die Sowjetunion durch den Export von Rohstoffen an unsere Verbündeten Devisen einnimmt, kann sie mehr Ausrüstung kaufen, die ihre

Waffenproduktion erleichtert, und mehr an ihre Klientelstaaten weitergeben“⁴⁵. Tatsächlich banden die gigantischen Rohstoffprojekte in schwierigen klimatischen Bedingungen aber erst einmal enorme Ressourcen und Personal und refinanzierten sich erst in Jahrzehnten. Dazu waren die erhofften Einnahmen auch noch starken Schwankungen unterlegen. Je mehr Energiequellen insgesamt ans Netz gingen, desto stärker sanken in den 1980er Jahren die Preise auf dem Weltmarkt. Zur Gesamtbilanz der Ost-West-Geschäfte gehört zudem, dass die günstige Energie aus dem Osten die westeuropäischen Industrienationen gerade in der schwierigen Phase der OPEC-Ölkrise am Laufen hielt und sie auch dadurch technologisch dem Osten immer weiter enteilen konnten. Mit den Projekten wurden zudem nicht nur in der Bundesrepublik tausende Arbeitsplätze in der Stahl- und Energieindustrie gesichert.

Der alte Glaubensstreit, was mehr zum friedlichen Zusammenbruch des Ostblocks beigetragen hat, „Containment“ in Form von Embargo und Rüstungswettlauf, oder „Kooperation“ nach dem Ost-Ausschuss-Motto „Wandel durch Handel“ bzw. in der Brandt'schen Variante „Wandel durch Annäherung“, wird wohl noch viele Generationen von Historikern beschäftigen. Es spricht wenig dafür, dass beide Konzepte getrennt voneinander zum Ziel geführt hätten, aber viel dafür, dass die Erdgas-Röhrengeschäfte und der Osthandel insgesamt eher den Westen und sein Wirtschaftsmodell bevorteilten und die wirtschaftliche Rückständigkeit des sozialistischen Lagers sogar noch offensichtlicher zu Tage treten ließen.

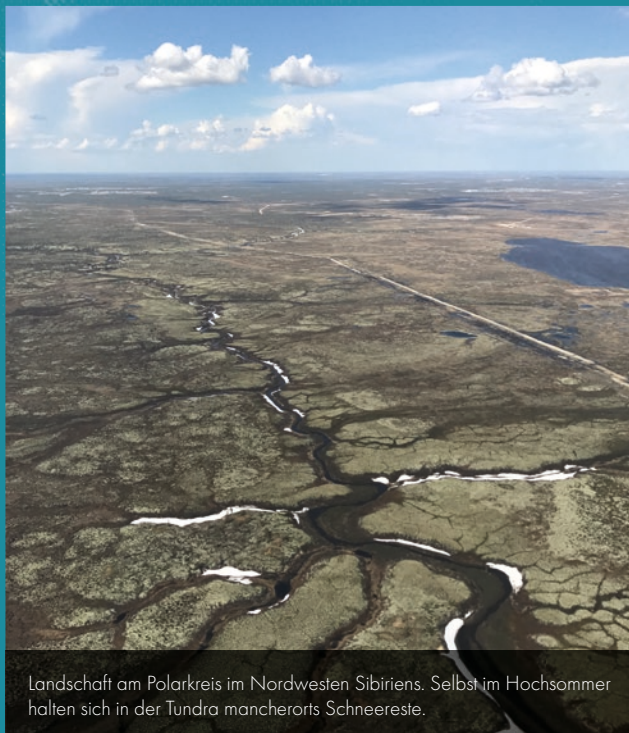
Den Ausschlag für das Einlenken Ronald Reagans im großen Pipeline-Konflikt von 1982 gaben schließlich hauptsächlich drei Faktoren:

1. Die beteiligten US-Unternehmen waren mit der Embargo-Politik ihrer eigenen Regierung ganz und gar nicht einverstanden und machten glaubhaft, dadurch im weltweiten Konkurrenzkampf und auf dem europäischen Markt ins Hintertreffen zu geraten.
2. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses Gehör in Washington fand, stellte sich klar hinter das Energieprojekt und verdeutlichte Präsident Reagan, dass die Sowjetunion ohne die Deviseneinnahmen aus den Gasgeschäften auch kein Getreide in den USA kaufen konnte.
3. Schmidt konnte sich auf die einhellige Unterstützung europäischer Staatsoberhäupter wie François Mitterrand, sowie auf die breite Zustimmung der westdeutschen Wirtschaft und Öffentlichkeit verlassen. Auch der im Herbst 1982 auf Schmidt folgende neue Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hielt am Pipeline-Geschäft fest.

Am 13. November 1982 wurden die US-Sanktionen schließlich aufgehoben. Als gesichtswahrende Lösung stimmte die Bundesregierung einer Ausweitung der CoCom-Sperrliste für Hochtechnologie zu, ohne dass das Pipeline-Projekt dadurch tangiert wurde. Eine derartige Lösung hatte der Ost-Ausschuss in seiner Presseerklärung vom 2. Juli 1982 bereits angeboten.



Bohrturm auf einem Gasfeld bei Nowy Urengoi. Von hier stammt das Erdgas für die Pipelines Nord Stream und Nord Stream 2



Landschaft am Polarkreis im Nordwesten Sibiriens. Selbst im Hochsommer halten sich in der Tundra mancherorts Schneereste.



Pipeline auf Stelzen: Die Infrastruktur muss sich am Polarkreis auf extreme Wetterbedingungen einstellen. Das Aufweichen der Permafrostböden durch den Klimawandel führt zu zusätzlichen Herausforderungen.

Der Transformationsprozess in Osteuropa, langwierige Verhandlungen über die Landnutzung in Belarus und Polen und die klimatisch extremen Herausforderungen in Nordsibirien führten dann dazu, dass das Jamal-Projekt zeitlich erheblich in Verzug geriet. Erst 1995 wurde die insgesamt 5000 Kilometer lange Pipeline fertig und danach von einem russisch-polnischen Joint Venture betrieben. Die Sowjetunion, deren schädlichen Einfluss auf das NATO-Land Bundesrepublik die US-Falken der 1950er bis 1980er Jahre durch die Energiegeschäfte fürchteten, hatte zwischenzeitlich zunächst der deutschen Wiedervereinigung und NATO-Mitgliedschaft zugestimmt und sich kurz darauf weitgehend friedlich aufgelöst. Das Vertrauensverhältnis, dass bundesdeutsche Unternehmer und Politiker seit den 1950er Jahren Richtung Moskau aufgebaut hatten, war in diesem Transformationsprozess eine vielleicht entscheidende Komponente. Und unabhängig gewordene Polen, Slowaken, Tschechen, Belarussen und Ukrainer konnten sich nun dank der vielen deutsch-sowjetischen Erdgasröhrengeschäfte über eine moderne Energieinfrastruktur und erhebliche Transitgebühren freuen. Dass sie dafür die allmähliche Umstellung von subventionierten auf marktgerechte Energiepreise durch Russland in Kauf nehmen mussten, ist die andere Seite der Medaille.

Nord Stream 2 – Neuauflage des deutsch-amerikanischen Wirtschaftskrimis

Spätestens die 650 Kilometer lange Menschenkette, mit der die Bewohner der Baltischen Staaten am 23. August 1989 gegen den Hitler-Stalin-Pakt und für ihre Unabhängigkeit demonstrierten, machte sichtbar, auf welch wackligen Beinen das Vielvölkerreich „Sowjetunion“ Ende der 1980er Jahre stand. Dass Energie während dieser Kämpfe um Unabhängigkeit durchaus als Waffe eingesetzt werden konnte, erlebten die Bewohner Litauens im April 1990, als die Sowjetunion unter Staatspräsident Michail Gorbatschow die Öl- und Gasversorgung einstellte, um damit gegen die

Unabhängigkeitserklärung des Landes vorzugehen. 2006 legten staatliche russische Versorger dann einen Abzweig der Öl-Pipeline-Druschba Richtung Litauen unvermittelt still, offiziell aus Wartungsgründen, inoffiziell aber wohl als Rache für ein entgangenes Raffineriegeschäft. Die Litauer hatten dem polnischen Orlen-Konzern den Vorzug gegeben.

Auch Belarus, das besonders stark von russischen Energielieferungen abhängig ist, als Transitland aber auch über erheblichen Einfluss verfügt, trug und trägt Energie-Streitigkeiten mit Russland aus. Wann immer neue Verträge und Preise zur Verhandlung anstehen, ist mit gegenseitigem Fingerhakeln zu rechnen. Während Belarus als Teil einer Union mit Russland dabei immer wieder erfolgreich Rabatte aushandeln konnte, trug die Hinwendung der Ukraine zum Westen infolge der Orangen Revolution 2004 zum bis heute größten Konflikt um den Transit von russischem Gas bei. Da es bis zum Auslaufen des alten Liefervertrages Ende 2008 keine Einigung auf einen Anschlussvertrag zwischen Russland und der Ukraine gegeben hatte und die Ukraine nach russischen Angaben mit Zahlungen bereits erheblich im Verzug war, stellte Gazprom im Januar 2009 seine Gaslieferungen für das Land ein. Unter dem Vorwurf, die Ukraine würde sich alternativ aus Transitgaslieferungen bedienen, die eigentlich für westliche Kunden bestimmt waren, erfolgte am 7. Januar 2009 dann sogar ein kompletter Gaslieferstopp, was unmittelbar zu massiven Energie-Engpässen vor allem in südosteuropäischen Staaten wie Bulgarien, Moldau und Serbien führte, die in hohem Maße auf Transitgas aus der Ukraine angewiesen sind. Der Gasstreit konnte unter Vermittlung der Bundesregierung und der EU am 20. Januar 2008 entschärft werden, als die damalige ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko einen neuen Gasvertrag unterzeichnete, der nach Ansicht vieler Experten unter der damaligen Drucksituation sehr unvorteilhaft für die Ukraine ausgefallen ist und ein Jahrzehnt lang für weitere Spannungen und Gerichtsprozesse sorgte⁴⁶.

Die Ereignisse erklären zum Teil, warum einerseits Litauen, Polen und die Ukraine heute zu den schärfsten Kritikern von neuen Energiegeschäften mit Russland gehören und warum Russland umgekehrt insbesondere der Ukraine als Transitland misstraut und deren Einfluss zu verringern versucht. Pipelines führen zwangsläufig zu gegenseitigen Abhängigkeiten. Das Druckpotenzial ist dabei mal auf der einen Seite, mal auf der anderen Seite größer: Je weniger diversifiziert die Energieimporte eines Landes sind, desto größer ist objektiv die Möglichkeit, dass ein Lieferant, wie in den genannten Fällen der staatliche russische Pipeline-Exportmonopolist Gazprom, seine Macht nutzen, politische Preise setzen und strategische Ziele verfolgen kann. Diese Abhängigkeit wirkt aber auch umgekehrt: Alle Transit- und Abnehmerländer haben gegenüber Russland ebenfalls ein Druckpotenzial, sie können die Transitpreise nach oben treiben und selbst günstigere Tarife durchsetzen, wenn Russland die Lieferalternativen fehlen, sie diese selbst aber besitzen.

Bei stabilen Beziehungen, wie sie die Bundesrepublik seit 50 Jahren mit Russland bzw. der Sowjetunion unterhält, spielten bilaterale Konflikte über Gasgeschäfte bis heute niemals eine Rolle. Je



Otto Wolff von Amerongen (hier 1989 bei einer Ost-Ausschuss-Veranstaltung mit Michail Gorbatschow), brachte beim Jamal-Projekt das Kunststück fertig, zwischen der deutschen Wirtschaft, den USA und der UdSSR zu vermitteln.



Anlässlich des ersten Besuchs des russischen Staatspräsidenten Putin im Jahr 2000 in Berlin (links neben Bundeskanzler Schröder), schlug Klaus Mangold (Mitte) die Gründung einer deutsch-russischen Strategischen Arbeitsgruppe (SAG) vor, die dann neue Pipeline-Vorhaben begleitete.



Die Ost-Ausschuss Vorstandsmitglieder Burckhard Bergmann (links) und Tessen von Heydebreck (rechts) spielten eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung des Nord-Stream-Projekts. 2010 trafen Sie zusammen mit Klaus Mangold in der Essener Villa Hügel mit Berthold Beitz zusammen.

weniger sich die beteiligten Länder politisch vertrauen, desto konfliktreicher haben sich hingegen diese gegenseitigen Abhängigkeiten entwickelt, dies zeigen die oben aufgelisteten Auseinandersetzungen. Hinzu kommen Wirtschaftsinteressen, die sich mit politischen Zielen vermischen oder diese überlagern. Im großen Energiespiel wollen alle am Ende die besten Karten haben.

Vor diesem Hintergrund sind die beiden bislang letzten großen Erdgas-Röhren-Projekte unter Beteiligung russischer, deutscher und weiterer westeuropäischer Energiekonzerne - Nord Stream (Baustart 2005, Eröffnung 2011) und Nord Stream 2 (Baustart 2018) - zu sehen, die beide in die Ära des russischen Präsidenten Wladimir Putin fallen, der in den 1970er Jahren in St. Petersburg selbst zum Thema „Energieindustrie“ promoviert hat.⁴⁷ Beide Pipeline-Projekte, die in Form von Doppelsträngen von Russland durch die Ostsee direkt bis an die deutsche Küste geführt werden, erschließen gigantische Gasvorkommen östlich der Halbinsel Jamal bei Nowy Urengoi in Nordwestsibirien.

Das erste Nord-Stream-Projekt wurde Anfang der 2000er Jahre in einer Hochzeit deutsch-russischer Beziehungen in der vom damaligen Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Klaus Mangold initiierten hochrangigen Deutsch-Russischen Strategischen Arbeitsgruppe Wirtschaft und Finanzen vorbereitet und maßgeblich von den beiden Ost-Ausschuss-Vorstandsmitgliedern Burckhard Bergmann (CEO E.ON-Ruhrigas) und Tessen von Heydebreck (Vorstand Deutsche Bank) begleitet. Noch 2006 stufte die EU-Kommission Nord Stream als „vorrangiges Energieprojekt“ von „gesamteuropäischem Interesse“ ein. Die Pipeline ist Teil des „Transeuropäischen Netzwerks der Energie“, mit dem die Diversifizierung der europäischen Energieversorgung vorangetrieben werden sollte.

Doch bereits dieses Projekt traf dann im Laufe der Realisierung auf erhebliche Widerstände der 2004 von der EU aufgenommenen Länder Polen und Litauen. Berühmt geworden ist dazu die Aussage des damaligen polnischen Verteidigungsministers Radek Sikorski, der Nord Stream im Mai 2006 unter anderem mit dem „Molotow-Ribbendrop-Pakt“ von 1939 verglich. Deutschland, so seine Erwartung, hätte sich vor dem Projektabschluss, der in den

letzten Tagen der Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 erfolgt war, zuvor mit Polen abstimmen müssen⁴⁸. Dass es gerade die Regierung Schröder war, die als Anwalt Polens den Weg für die EU-Mitgliedschaft des Landes freigekämpft und für erhebliche EU-Aufbauhilfen gesorgt hatte, geriet darüber schnell in Vergessenheit. Für besonderen Ärger sorgte aber auch in Deutschland die Tatsache, dass Schröder nur zwei Monate nach seiner Abwahl zum Vorsitzenden des Gesellschafterausschusses der in der Schweiz ansässigen Nord Stream AG nominiert wurde. Doch auch seine Nachfolgerin Angela Merkel setzte das Projekt zum Missfallen Polens fort. „We asked. She refused.“, kommentierte dies Sikorski lakonisch⁴⁹. Die polnische Regierung führte vor allem zwei Argumente ins Feld: Das Ostsee-Projekt sei viel unwirtschaftlicher als der Landweg durch Polen. Außerdem könnten dann die Jamal-Pipeline entfallen und Polen und Belarus von Russland von der Gasversorgung abgekoppelt werden. Mit einem Abstand von 15 Jahren lässt sich heute feststellen, dass nichts dergleichen passierte.

Das Folgeprojekt Nord Stream 2, mit dessen Bau nach langer Vorbereitungszeit im Mai 2018 begonnen worden ist und an dem ebenfalls Altkanzler Schröder maßgeblich beteiligt ist, steht durch die Besetzung ukrainischen Territoriums durch Russland seit dem Frühjahr 2014 sowie durch wachsende internationale Konflikte zwischen Russland und den USA in einem noch größeren politischen Spannungsfeld. Innerhalb der EU bekämpfen vorrangig Polen und Litauer auch dieses Projekt und werben gemeinsam mit der Ukraine in den USA mit Erfolg für dessen Sanktionierung. Teile der EU-Kommission und das EU-Parlament haben sich insbesondere im Hinblick auf die russische Rolle in der Ukraine und Russland zugeschriebener Destabilisierungsversuche der EU mehrfach ablehnend zum Projekt geäußert, ebenso die USA.

Polen hat mit Hilfe seines Kartellamts 2016 erreicht, dass Nord Stream 2 nicht gemeinsam von Russen und Westeuropäern betrieben werden darf, sondern dass westliche Partner nur als Finanziers bereitstehen können. Zwei Energieunternehmen aus Deutschland, die aus der früheren E.ON Ruhrgas AG hervorgegangene Uniper SE und die mit der BASF verbundene Wintershall Dea GmbH,



Das Verlegeschiff Pioneer Spirit des Schweizer Offshore-Dienstleisters Allseas verlegte unter anderem in schwedischen Gewässern die Röhren für die Pipeline Nord Stream 2. Aufgrund drohender US-Sanktionen wurde das Schiff im Dezember 2019 vom Projekt abgezogen.

sowie Konzerne aus Frankreich, Österreich und die britisch-niederländische Shell haben zusammen einen Finanzanteil von rund fünf Milliarden Euro in Form von Krediten an den russischen Gaslieferanten Gazprom übernommen.

Die Hauptargumente ähneln der Situation Anfang der 1980er Jahre. Erneut lautet einer der Vorwürfe Deutschland oder gar die ganze EU mache sich mit dem Projekt politisch abhängig von Russland und finanziere damit gleichzeitig dessen Kriegsmaschine. Zudem könnte die Ukraine wichtige Transiteinnahmen verlieren (die sie allerdings überhaupt nur erzielen kann, weil der Westen Energiebeziehungen mit Russland unterhält). Kritiker werfen umgekehrt den USA, Polen und der Ukraine vor, nicht zuletzt handfeste wirtschaftliche Interessen mit ihren Blockadeversuchen zu verfolgen. So wolle sich Polen durch die Verhinderung von Nord Stream 2 Transiteinnahmen über die Jamal-Pipeline sichern. Die USA wiederum haben in den vergangenen zehn Jahren durch neue Fördermethoden („Fracking“) gigantische Schiefergasvorkommen erschlossen und drängen auf den europäischen Markt. Russisches Pipelinegas ist dafür eine unwillkommene Konkurrenz, wie

sich vor allem unter Senatoren aus gasreichen US-Bundesstaaten herumgesprochen hat, die in Washington zu den Wortführern von Sanktionen gegen europäisch-russische Gasprojekte gehören.⁵⁰

Die Bundesregierung verteidigte das Projekt zunächst vor allem als privatwirtschaftliches Vorhaben, das komplett ohne öffentliche Gelder und Kreditgarantien realisiert wird und alle EU-Genehmigungsverfahren erfolgreich durchlaufen hat, einschließlich aufwändiger Umweltprüfungen von den Ostsee-Anrainerstaaten Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland. Zudem argumentiert Berlin mit einem wachsenden Erdgasbedarf durch den gleichzeitigen Ausstieg Deutschlands aus Atomkraft und Kohle und dem bevorstehenden Ende der Gas-Förderung in den Niederlanden. Später nutzte die Bundesregierung, ganz in der Tradition der alten Ost-Geschäfte, Nord Stream 2 und das Transitthema, um Russen und Ukrainer miteinander ins Gespräch zu bringen. Es sei möglich, legitime ukrainische Wünsche nach einer Aufrechterhaltung des Gastransits und das Projekt Nord Stream 2 miteinander zu verbinden, betont Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier⁵¹, der 2018 erfolgreiche Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine über die Zukunft des ukrainischen Gastransits initiierte,

die Ende 2019 in einen neuen, auf fünf Jahre angelegten Transitvertrag mündeten⁵².

Der Ost-Ausschuss und beteiligte Unternehmen weisen zudem beharrlich darauf hin, dass Nord Stream 2 mithilft, die Energiepreise für europäische Verbraucher und Industrieunternehmen angesichts wachsenden Bedarfs an klimaschonender Energie stabil zu halten, und dass von Bau und Unterhalt von Nord Stream 2 tausende mittelständische Betriebe in 25 Ländern profitieren. 50 Jahre nach Auslieferung der ersten „Ludmilla“-Rohre stammt auch ein Teil der Großrohre für die Ostseepipelines wieder aus dem Werk in Mülheim an der Ruhr. Die dort ansässige Europipe GmbH, an der die Salzgitter Mannesmann GmbH und die Dillinger Hüttenwerke beteiligt sind, produzierte für Nord Stream 1,6 Millionen Tonnen und für Nord Stream 2 rund 900.000 Tonnen Rohre.

Die befürchtete politische Abhängigkeit von Russland, die vor allem US-Präsident Trump immer wieder thematisiert, ist nach Ansicht des Ost-Ausschusses auch bei einem auf 40 Prozent steigenden Lieferanteil Russlands am deutschen Gasbedarf angesichts bestehender großer Gasspeicher in Europa und vielfältiger Lieferalternativen unbegründet. Vielmehr bildeten die engen Energiebeziehungen zwischen Russland und der EU ein Geflecht gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Abhängigkeiten und damit eine wichtige Basis für Dialog und Verständigung. Die Ukraine bezieht inzwischen selbst gar kein Erdgas mehr direkt aus Russland, sondern wird unter Umleitung russischen Gases aus Richtung Westen versorgt. Beweise, in welcher Form es der Sowjetunion und Russland in den vergangenen 50 Jahren gelungen ist, durch die Energiebeziehungen die deutsche Politik zur „Geisel“ (O-Ton Trump) zu machen, sind die Kritiker bislang schuldig geblieben. Dass die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Vermittlern von EU-Sanktionen gegen Russland nach dessen Intervention in der Ukraine gehört, spricht eher für das Gegenteil.

Im Dezember 2019 wurde die Fertigstellung der Nord Stream-2-Pipeline dennoch durch die eingangs erwähnten US-Sanktionen gegen Verlegeschiffe ausgebremst. Erstmals seit den Tagen Ronald Reagans griffen die USA damit wieder zum Mittel der „extraterritorialen Sanktionen“ gegen ein europäisch-russisches Pipelineprojekt mit deutscher Beteiligung. Die Bundesrepublik lehnt diese extraterritorialen US-Sanktionen als „völkerrechtswidrig“ ab.⁵³ In Brüssel wird dies zwar ähnlich gesehen, wegen der konträren Interessenlage Polens und weiterer EU-Mitglieder gibt es aber bislang kaum handfeste Unterstützung, was der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes für eine gefährliche Entwicklung hält: „Allen Europäern muss klar sein: Wenn wir auf derartige extraterritoriale Sanktionen keine wirksame Antwort finden, wird die europäische Wirtschaft zunehmend zum Spielball von Amerikanern oder Chinesen.“⁵⁴

Ein russisches Verlegeschiff, die „Akademik Tscherskij“ könnte nach dem sanktionsbedingten Ausstieg westlicher Reedereien einspringen und das Nord Stream 2-Projekt noch 2020 vollenden. Unabhängig von der Fertigstellung muss die Pipeline aber weitere Hürden überwinden: Die Anwendung des zwischenzeitlich auf Druck der Nord Stream 2-Kritiker erweiterten dritten EU-Energie-

pakets könnte dazu führen, dass erstmals der Betreiber einer Transpipeline vom Lieferanten des Erdgases unabhängig sein muss („Lex Nord Stream“) und dass die Kapazitäten der Transpipeline zumindest innerhalb der deutschen Seegrenze nur zu 50 Prozent von einem und demselben Lieferanten gebucht werden dürfen. Die Wirtschaftlichkeit von Nord Stream 2 steht damit aktuell in Frage. Auch weitere US-Sanktionen gegen das Pipelineprojekt und damit eine Fortsetzung dieses langen deutsch-amerikanischen Ringens um die Lieferung von Röhren und die Nutzung sibirischer Energiereserven sind denkbar. Der im Sommer 2020 ausgeschiedene US-Botschafter in Berlin Richard Grenell hinterließ in seinem Abschiedsinterview im Handelsblatt entsprechende Sanktionsdrohungen und einen jetzt schon legendären Satz: „Deutschland muss aufhören, die Bestie zu füttern, während es zugleich nicht genug für die Nato zahlt.“⁵⁵ Eine Wortwahl, die aus den tiefsten Tiefen des Kalten Krieges stammen könnte und nicht wirklich zu den regen amerikanisch-russischen Handelsbeziehungen passt: 2019 handelten die USA nach Angaben der US-Statistikbehörde Waren im Wert von 28 Milliarden US-Dollar mit Russland (+0,5 Mrd.) und produzierten dabei ein bilaterales Handelsdefizit von 16 Milliarden US-Dollar (+2,5 Mrd.). Wie von Grenell angekündigt, legten im Juni 2020 US-Senatoren den Entwurf eines erweiterten

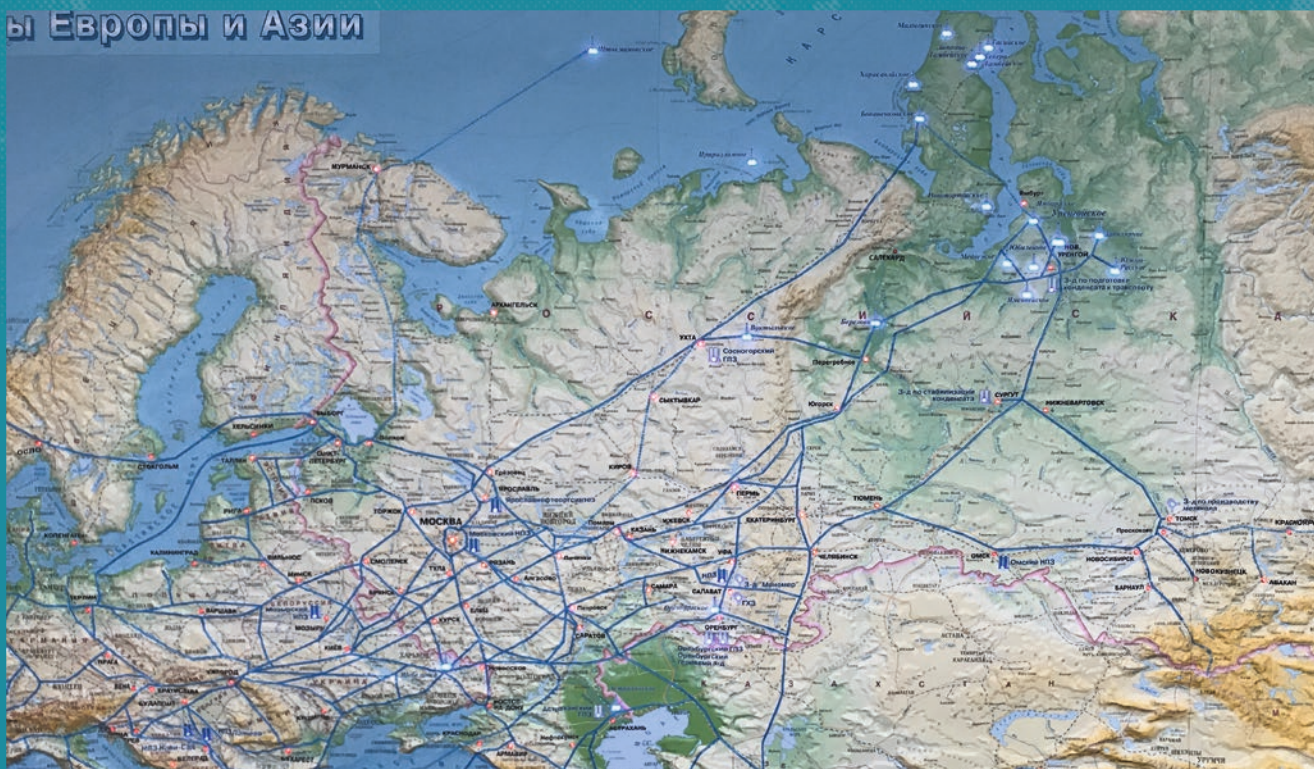


Schema eines der größten Erdgasvorkommen der Welt bei Nowy Urengoi im Autonomen Gebiet der Jamal-Nenzen. Auf drei Ebenen mit bis zu 4000 Metern Tiefe wird hier seit 1978 Erdgas gefördert.



Das Schiff Audacia (Allseas) verlegte in deutschen Gewässern Pipelines des Projekts Nord Stream 2.

ы Европы и Азии



Schema aller Erdgas-Pipelines zwischen Sibirien und Westeuropa im Erdgas-Museum von Nowy Urengoi. Rechts oben sind ausgehend von der Jamal-Halbinsel und der Urengoi-Gegend die Verläufe der Jamal- und der Nord-Stream-Pipelines zu sehen. Deutlich erkennbar ist auch die Route der Nord-Stream-Pipeline durch die Ostsee.



Die Pipeline Nord Stream wird unter anderem aus einem Gasfeld in der Achimow-Formation bei Nowy Urengoi befüllt. Achimgaz ist ein Joint Venture der russischen Gazprom mit der deutschen Wintershall Dea, die wiederum mit der BASF verbunden ist.

Sanktionsgesetzes vor, das vor allem auf deutsche Unternehmen abzielt, die an der Ostseeküste Aufträge zur Fertigstellung von Nord Stream 2 umsetzen⁵⁶. Fast schon prophetisch wirkt da eine Notiz, die Otto Wolff von Amerongen 1992 als Bilanz der Jamal-Sanktionsdebatte festhielt: „Manchmal scheint es mir, als sei das Thema dieses amerikanisch-europäischen Zwists bis heute nicht ganz verdaut.“⁵⁷

Rund 60 Jahre nach dem ersten US-Embargo gegen Pipelines und 50 Jahre nach Unterzeichnung des ersten deutsch-sowjetischen Erdgasröhrengeschäftes sind die alten Konfliktlinien, die alten Argumente, Ängste und Warnungen, Chancen und Hoffnungen damit immer noch so frisch wie am ersten Tag, obwohl inzwischen Pipelines erfolgreich verlegt wurden, die aneinandergefügt um den halben Globus reichen. Zuletzt hat sich das Spannungsfeld durch zwei Entwicklungen noch erweitert: Mit China ist seit der Inbetriebnahme der gigantischen transsibirischen Pipeline „Sila Sibiri“ 2019 ein neuer Konkurrent um russisches Pipelinegas in den Markt eingetreten und dürfte in Zukunft seinen Energiehunger noch steigern. Gleichzeitig wirbelt auch der „Green Deal“, der die EU bis 2050 klimaneutral machen soll, den Markt weiter durcheinander:

Trägt mehr Erdgas als Brückenenergieträger dazu bei, dass die EU ihre Klimaziele schneller und zu erträglichen Kosten erreichen



Achimgaz fördert aus dem Gasfeld bei Nowy Urengoi jährlich zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas für Nord Stream. Dafür wurden zwischen 2008 und 2019 über 100 Produktionsbohrungen umgesetzt.



Pipeline-Rohre von Europipe für die Nord-Stream-2-Pipeline im Bahnhof von Greifswald.



Plakat in Nowy Urengoi: Gazprom und die deutschen Partner Wintershall Dea und Uniper bekennen sich zu ihrer Verantwortung für eine umweltschonende Erdgasförderung.



Moderne Leitzentrale der Förderstation von Achimgaz bei Nowy Urengoi.

kann? Wird in Zukunft also noch mehr russisches Erdgas in Europa benötigt? Oder ist es aus politischen Gründen besser, auf die Karte LNG zu setzen, was aber auch bedeuten kann, Fracking-Gas aus den USA mit einer wiederum zweifelhaften Klimabilanz zu verwenden? Wäre es vielleicht denkbar, das bestehende Pipeline-netz dafür zu nutzen, mit der Carbon Storage Technologie Kohlendioxid in die entgegengesetzte Richtung zu pumpen und in erschöpften Lagerstätten unter Tage zu verpressen, wie es bereits in der Nordsee vor Schottland geschieht? Oder wird aus den Erdgas-pipelines schon in absehbarer Zukunft ein Leitungsnetz für klimafreundlichen Wasserstoff und Biogas? Kann dies gar am Ende die großen Konflikte der vergangenen Jahrzehnte endlich befrieden und alle zu Gewinnern machen – Russen und Polen, Ukrainer, Litauer und Deutsche und sogar die US-Amerikaner – weil in Zukunft alle als Wasserstoff-Produzenten in das Pipeline-Netz einspeisen oder sich als Abnehmer aus ihm bedienen können?

Diese und viele weitere Fragen stellen sich aktuell für die Öffentlichkeit, die Politik, vor allem aber für Unternehmen, die Milliardensummen in das Energiespiel investieren und damit große Risiken in Kauf nehmen müssen, gleichzeitig aber auch viel gewinnen können. Die deutsch-russischen Energiebeziehungen und das 1970 begonnene Jahrhundertgeschäft sind, wie diese Bilanz gezeigt hat, eine unerschöpfliche Energiequelle für Diskussionen in

Russland, in der EU, den gemeinsamen Nachbarländern und auch jenseits des Atlantiks in Washington und im Weißen Haus. Es bleibt spannend, wie die nächsten 50 Jahre verlaufen werden.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

Quellen:

- 1 Otto Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten – Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, München 1992 S. 116
- 2 von Amerongen, S. 91f.
- 3 Von Amerongen, S. 77
- 4 Broschüre anlässlich des 25. Jahrestages des Erdgas-Röhren-Geschäfts, Ruhrgas AG 1995
- 5 „Turnier der Großrohre“, in: Spiegel, 5. Mai 1969: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45741501.html>, letzter Abruf 25.5.2020
- 6 Zitiert nach: Harald Müller, Reinhard Robe, Osthandel oder Wirtschaftskrieg? Die USA und das Gas-Röhren-Geschäft, Frankfurt/Main 1982, S. 66
- 7 Von Amerongen, S. 210
- 8 Von Amerongen, S. 212; Die CDU/CSU-Fraktion verließ vor der Abstimmung geschlossen den Plenarsaal und machte auf diese Weise das Parlament beschlussunfähig. Die Aufhebung der Embargo-Verordnung war danach aufgrund überschrittener Fristen nicht mehr möglich.
- 9 Star im Osten, in: Spiegel, 5.6.1963, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45143681.html>, letzter Abruf vom 25. Mai 2020
- 10 Von Amerongen, S. 96
- 11 Sven Jüngerkes, Diplomaten der Wirtschaft, Die Geschichte des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Osnabrück 2012, S. 210
- 12 Müller/Rode, S. 13f.
- 13 Frank Bösch, Energiewende nach Osten, in: Zeit-Online, 10.10.2013, <https://www.zeit.de/2013/42/1973-gas-pipeline-sowjetunion-gazprom>, letzter Abruf am 27.5.2020
- 14 Jan Uwe Stahr, Erdgas im Fokus der Geopolitik, 17.10.2017 in Deutschlandfunk Kultur: https://www.deutschlandfunkkultur.de/explosiv-erdgas-im-fokus-der-geopolitik.976.de.html?dram:article_id=398440; letzter Abruf am 27.5.2020
- 15 Susanne Schattenberg, Rote Energie, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.1.2020: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gastbeitrag-rote-energie-1.4771980>, letzter Abruf: 27.5.2020
- 16 Bericht über die Verhandlungen des bayerischen Wirtschaftsministers in Wien mit Vertretern der Sowjetunion: Schmal und hoch, in: Spiegel, 14.7.1969: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45549203.html>, letzter Abruf 28.5.2020
- 17 Bösch, Energiewende nach Osten
- 17 Auf kleiner Flamme, in: Spiegel vom 11.8.1969: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45562725.html>; letzter Abruf am 27. 5.2020
- 18 Manfred Pohl, Geschäft und Politik. Deutsch-russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850-1988, Mainz 1988, S. 149-159
- 19 Von Amerongen, S. 221
- 20 „Gibst du Röhren – geb`ich Gas“, in: Die Zeit vom 19. Dezember 1969: <https://www.zeit.de/1969/51/gibst-du-roehren-geb-ich-gas>, letzter Abruf am 27.5.2020
- 21 Das Hotel Kaiserhof kann heute nicht mehr besichtigt werden. Nur vier Jahre nach dem historischen Vertragsschluss wurde das Essener Hotel abgerissen. Siehe: <https://www.deutsches-architekturforum.de/thread/6349-damals-heute/?pageNo=3>, letzter Abruf am 25.5.2020
- 22 Von Amerongen, S. 124
- 23 In einem Beitrag des WDR zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung ist von „Eisbrecherqualitäten im Kalten Krieg“ die Rede: <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag1396.html>, letzter Abruf am 28.5.2020
- 24 Der Eisbrecher, in: Welt vom 10.3.2007: https://www.welt.de/welt_print/article754448/Der-Eisbrecher.html, letzter Abruf am 4.6.2020
- 25 Mario Mehren, Trotz Gegenwind eine historische Energiepartnerschaft, OAOEV-Homepage, 3.2.2020: <https://www.oaoev.de/de/trotz-gegenwind-eine-historische-energiepartnerschaft>, letzter Abruf am 4.6.2020
- 26 <https://www.zeit.de/1973/41/die-russen-sind-da>
- 27 Roman Goncharenko, Anhaltende Freundschaft. Die Druschba-Pipeline und die DDR-Arbeiter, Deutsche Welle, 9.12.2019: <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/anhaltende-freundschaft-die-druschba-pipeline-und-die-ddr-arbeiter/ar-BBXXzbl>, letzter Abruf am 28.5.2020
- 28 Von Amerongen, S.221ff.
- 29 ebenda, S. 100
- 30 Müller/Rode, S. 10
- 31 Wikipedia, Ölpreiskrise: https://de.wikipedia.org/wiki/Ölpreiskrise#Die_erste_%C3%96lpreiskrise_1973, letzter Abruf am 27.5.2020
- 32 Schattenberg, Rote Energie. Sie berichtet davon, dass es direkt nach Start der Gaslieferungen nach Bayern Ende 1973 kurzzeitig zu Lieferproblemen in Sibirien gekommen sei, weshalb man Gas aus der Ukraine, das für die dortige Bevölkerung bestimmt war, abgezweigt habe.
- 33 Frank Bösch, Zeitenwende 1979, Als die Welt von heute begann, München 2019, S. 229ff.
- 34 Von Amerongen, S. 226f.
- 35 Von Amerongen S. 231
- 36 Müller/Rode, S. 22f.
- 37 Müller/Rode, S. 29
- 38 Von Amerongen, S. 233
- 39 Brief vom 5. Februar 1982 des Präsidenten der US-Chamber of Commerce Richard Leshner an Präsident Reagan. Ein ähnliches Schreiben aus dem März 1982 ist auch vom CEO von Caterpillar überliefert. Beide Briefe sind abgedruckt in: Müller/Robe, S. 61ff.
- 40 Von Amerongen, S. 236
- 41 Pressemitteilung des Ost-Ausschusses vom 2. Juli 1982 (Ost-Ausschuss Archiv). Die Zitate wurden durch einen dpa-Korrespondenten aufgegriffen: Peer Meinert, Der Schock sitzt tief, dpa-Bericht, Juli 1982 (Ost-Ausschuss Archiv)
- 42 Programm der Konferenz „Industrielle Zusammenarbeit zwischen Ost und West in dritten Ländern“ vom 10.-12. November 1982 in: Ost-Ausschuss-Archiv
- 43 John Tagliabue, Deep Trade Rift With Allies Seen, in: The New York Times, 13.November 1982
- 44 Müller/Rode, S. 34
- 45 Zitiert nach Müller/Rode, S. 53
- 46 Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009, Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 101, Februar 2009
- 47 Johannes Vosswinkel, Eine Macht für 50 Jahre, in: Die Zeit vom 22.10.2009: <https://www.zeit.de/2009/44/Gasprom>, letzter Abruf 3.6.2020
- 48 Marc Beunderman, Poland compares German-Russian pipeline to Nazi Soviet pact, EU-Observer, 2.5.2006
- 49 ebenda
- 50 Der texanische US-Senator Ted Cruz, der maßgeblich das Sanktionsgesetz gegen an Nord Stream 2 beteiligte Verlegeschiffe initiiert hat, erhält große Spenden aus der texanischen Rohstoffindustrie. Siehe: Heike Buchter/Thomas Fischermann, Warum wehren sich die USA gegen die Gaspipeline in der Ostsee? In: Zeit-Online vom 18.12.2019: <https://www.zeit.de/2019/53/nord-stream-2-gaspipeline-ostsee-russland-usa-eu>, letzter Abruf am 3.6.2020
- 51 Andreas Metz, Altmaier kämpft um die deutsch-russische Zukunft, OAOEV-Homepage, 12.10.2018: <https://www.oaoev.de/de/altmaier-kaempft-um-die-deutsch-russische-zukunft>, letzter Abruf am 3.6.2020
- 52 Vertrag über Gasbeziehungen unterzeichnet, Tagesschau-Online vom 31.12.2019: <https://www.tagesschau.de/ausland/russland-ukraine-gasstreit-103.html>, letzter Abruf vom 3.6.2020
- 53 Nord Stream 2 – Heiko Maas verurteilt US-Sanktionen, in Welt-online vom 12.12.2019: <https://www.welt.de/politik/ausland/article204246094/Repraesentantenhaus-Nord-Stream-2-Heiko-Maas-verurteilt-US-Sanktionen.html>, letzter Abruf 3.6.2020
- 54 Erfolgsgeschichte für Europa, Beitrag auf der OAOEV-Webseite vom 31.1.2020: <https://www.oaoev.de/de/erfolgsgeschichte-fuer-europa>, letzter Abruf am 4.6.2020
- 55 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ostseepipeline-abschiedsgruss-von-us-botschafter-grenell-neue-drohung-gegen-nord-stream-2/25861262.html?ticket=ST-1936770-rdUAdwxtcYejKYCn0uBf-ap3>
- 56 Protecting Europe’s Energy Security Clarification Act of 2020, eingebracht von den US-Senatoren Ted Cruz u.a. in den US-Senat am 4.6.2020
- 57 Von Amerongen, S. 238